

Polen und Kerneuropa

Kai-Olaf Lang

Mit großer Skepsis werden in Polen die Diskussionen zum Thema „Kerneuropa“ aufgenommen. Das Land fürchtet, an den Rand gedrängt zu werden, sollte ein innerer Kreis in der EU, eine „Union in der Union“, entstehen. Deutschland hat mehrfach die Idee eines Kerneuropa unterstützt. Ein deutsch-polnischer Austausch zu Inhalten und Perspektiven eines solchen Kerns könnte darum polnische Befürchtungen abbauen.

Europäische Union, Polen, Integration, Kerneuropa

Poland is skeptical about the idea of a „core Europe“. The country fears to get relegated to the fringes of European integration if an inner circle of the EU, a „Union in the Union“, was to emerge. By starting a bilateral dialogue on the content and the perspectives of a „core Europe“, Germany – which at various occasions has supported the idea of a core Europe – might be able to reduce Polish fears.

European Union, Poland, Integration, Core Europe



Dipl.-Verw.wiss. Kai-Olaf Lang, geb. 1967, Mitarbeiter an der Stiftung Wissenschaft und Politik; Forschungsthemen: Europa-, Außen- u. Sicherheitspolitik der MOE-Länder, insbesondere Polen, EU-Erweiterung.

Publikationen: Politische Profile der neuen Mitgliedstaaten aus Ostmitteleuropa und ihre Bedeutung für die EU, Baden-Baden 2004; Konsequenzen des Beitritts zur EU, in: J. Franzke (Hrsg.): Das moderne Polen, Potsdamer Textbücher PTB 8, Berlin 2003. E-Mail: kai-olaf.lang@swp-berlin.org

Mit einer Mischung aus Unverständnis und Mißbehagen werden in Polen die in der europäischen Politik unregelmäßig, aber heftig hochschwappenden Diskussionen über Kerneuropa rezipiert. Kaum als Vollmitglied in die EU aufgenommen, wähnt man sich in der Gefahr, durch die Entstehung einer differenzierten, mehrstufigen Union in eine sich neu konstituierende äußere Zone niederer Integration abgedrängt zu werden. Während die immer wieder auch in Deutschland lancierte Debatte über Kerne, Gravitationszentren und Avantgarden in der Bundesrepublik als Vehikel zur Rettung der politischen Kohärenz und Handlungsfähigkeit einer größeren EU betrachtet wird, dominiert in Polen abgrundtiefe Skepsis. Durch das Spiel mit dem „Kern“ hat man in Polen den Popanz eines „Europa der zwei Geschwindigkeiten“, einer „EU der Gleichen und der Gleicheren“ vor Augen. „Mittendrin und doch daneben“, so könnte man das polnische „Kernsyndrom“ zusammenfassen.

Polnische Ängste

Latent war Polens Furcht vor Kerneuropa in den 1990er Jahren immer präsent. Fokussiert auf das historische Ziel des Beitritts und die vor diesem stehenden Verhandlungen, war die Frage nach den Fluchtpunkten der europäischen Integration und des möglichen Umbaus der politisch-institutionellen Architektur der Union aber lange Zeit abstrakt. Zumindest in der politischen Debatte war sie sekundär. So ging denn auch das Schäuble-Lamers-Papier ebenso wie französische Initiativen an der außenpolitischen Öffentlichkeit in Polen weitgehend vorbei (vgl. Lukaszewski 1999). Dies änderte sich mit dem Näherrücken der Mitgliedschaft. Nicht nur wurde man zwischen Oder und Bug an der Schwelle der Mitgliedschaft wachsamer gegenüber den Diskussionen über die Perspektiven der EU. Vor allem der Umstand, daß die EU auf die anstehende Inkorporation einer Vielzahl neuer Mitglieder gerade auch durch die Anpassung ihrer vertraglichen Grundlagen reagierte, mußte die Aufmerksamkeit Warschaus auf die damit zusammenhängenden Entwicklungen lenken. Nur wenige Stimmen richteten bereits Ende der 1990er Jahre das Augenmerk auf die europäischen Diskussionen um Flexibilisierung und differenzierte Integration und die möglichen Implikationen für Polen und warnten vor einer „heterogenen und zu elastischen Union“ (Cichocki 1999: 78). Allerdings sah man zum damaligen Zeitpunkt vor allem die Konsequenzen derartiger Entwicklungen für den Beitrittsprozeß, weniger für die spätere Stellung Polens in der EU.

Fischer-Rede und Nizza

Erste greifbare Reaktionen löste Joschka Fischers „Humboldt-Rede“ aus. Wenige Wochen nach dem Auftritt des deutschen Außenministers nahm Polens damaliger Chefunterhändler, Jan Kulakowski, in Berlin Stellung zu Fischers Überlegungen – höflich, anerkennend und verständnisvoll, doch nicht ohne seine Zweifel auszudrücken und auf beträchtliche Risiken hinzuweisen, die die Bildung einer innereuropäischen Föderation mit sich bringen könnte. So wollte Kulakowski nicht ausschließen, daß eine allfällige „Avantgarde“ von einem „Magneten, der die übrigen Staaten an sich zieht (wie dies von Fischer gewünscht wird), zu einer desintegrierenden Kraft wird, die die bisherigen Errungenschaften der Integration in Frage stellt“ (Kulakowski 2001: 58). Auch Polens Außenminister Bartoszewski machte keinen Hehl aus seiner Reserviertheit, wengleich er unterstrich, daß Polen das Prinzip engerer Zusammenarbeit keineswegs *in toto* ablehne. Wichtig sei aus Sicht Warschaws, daß jedweder intensivierete Zusammenschluß keinen exklusiven Klub bildet, sondern grundsätzlich für alle Interessierten und Befähigten offen ist (vgl. Bartoszewski 2000).

Im Zeichen der Vertragsreformen, die in Nizza unter Dach und Fach gebracht wurden, brachte Polens Diplomatie während der Regierungskonferenz ihre Haltung sowie ihre Vorbehalte in Sachen „engerer Zusammenarbeit“ zum Ausdruck. Hierbei wurden drei Leitlinien genannt:

- Eine neue „Formel“ der engeren Zusammenarbeit dürfe nicht als „Form der Auflockerung von Verpflichtungen gegenüber den künftigen Mitgliedstaaten“ betrachtet werden.
- Engere Zusammenarbeit solle nicht zur „Herausbildung einer Gruppe von Staaten führen, die nicht vollständig in die dynamische Entwicklung der europäischen Integration eingebunden sind“.
- Überdies müsse einer formellen Ausweitung der engeren Kooperation in der zweiten Säule (d.h. der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik) „mit Vorsicht“ begegnet werden (Ministerstwo Spraw Zagranicznych 2001: 52).

Was letztlich im Vertrag enthalten war, beruhigte das offizielle Warschau, denn aus polnischer Sicht „lehnt[e] der Vertrag von Nizza die Konzeption eines ‚Kerns‘ von Ländern ab, die sich für verstärkte Kooperation entschieden, welche für die übrigen Staaten eine Mitgliedschaft zweiter Klasse nach sich gezogen“ hätte (vgl. Bartoszewski 2001).

Konvent und „strukturierte Kooperation“

Doch waren damit polnische Befürchtungen bei weitem nicht ausgeräumt. Eine Zeitlang geisterte das Schreckgespenst Kerneuropa zwar nicht mehr so oft durch die Gegend, aber das Thema der engeren Verflechtung (das sich nunmehr „verstärkte Zusammenarbeit“ nannte) kehrte bald zurück.

War Warschau wie alle anderen EU-Aspiranten bei der Erstellung des Vertrags von Nizza noch passiver Beobachter gewesen, so wurde man bei der anschließenden Ausarbeitung und Aushandlung des Europäischen Verfassungsvertrags in Konvent und Regierungskonferenz im Sinne einer „antizipierten Mitgliedschaft“ unmittelbar involviert. Noch stärker als bislang war man also gefordert, auch zur künftigen Regelung von Differenzierungsmöglichkeiten Stellung zu nehmen.

Zweifelsohne wurden die generellen Neuerungen bei der Regelung der verstärkten Kooperation in Polen mit wenig Enthusiasmus wahrgenommen, doch taten sich aus polnischer Sicht in diesem Zusammenhang keineswegs „rote Linien“ auf. Beruhigend wirkte namentlich die im Tenor weiter restriktive Intensivierungsphilosophie, darunter die Feststellung, daß es sich hierbei lediglich „um das letzte Mittel“ handeln darf und verstärkte Zusammenarbeit grundsätzlich an die Hauptziele der europäischen Integration rückgebunden werden muß.¹ Jedenfalls dürfte man auch in Polen mehrheitlich zu dem Schluß gekommen sein, daß es sich – jenseits der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) bzw. der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) – vornehmlich um „prozedurale Erleichterungen mit einer Reihe von Vorbehalten, die die Chancen der Nutzung erheblich beschränken“, handelt, weiterhin also zumindest in der Ersten Säule „massive Restriktionen“ bestehen (vgl. Schneider 2004: 262f.).

Kontrovers und mit einigem Interesse wurden hingegen die Innovationen auf dem Feld Sicherheit und Verteidigung begleitet. Zumindest während der Konventsberatungen wurde hierbei aus polnischer Sicht insbesondere die Möglichkeit der Gruppenbildung im Bereich der ESVP zum Stein des Anstoßes. Polens Vertreter im Konvent sahen zwar die Defizite und Starrheiten der Einstimmigkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik und unterstützten „offene“ Varianten der intensivierten Zusammenarbeit, aber sie wandten sich gegen die Idee der „strukturierten Kooperation“ (vgl. Normann 2005: 86). Diese verletzte aus polnischer Sicht das von Warschau angemahnte Inklusivitätsgebot, da einerseits die formellen Voraussetzungen für die Konstitution einer solchen Gruppe gelockert wurden (Polen hätte sich Konsens, nicht Mehrheitsentscheidung im Rat gewünscht). Gleichzeitig wurden rigide Bedingungen für die materielle Teilnahmefähigkeit

¹ Siehe Vertrag über eine Verfassung für Europa, Art. I-44.

festgelegt („höchste Anforderungen“), vor allem jedoch statuiert, daß die Entscheidung über die Aufnahme neuer Mitglieder vom engen Kreis der bereits an der „strukturierten Kooperation“ teilnehmenden Länder getroffen wird.

Dies alles ereignete sich vor dem Hintergrund wachsender amerikanisch-europäischer bzw. innereuropäischer Dissonanzen im Zusammenhang mit dem Irak-Konflikt und fiel in eine Phase, als insbesondere Deutschland und Frankreich immer wieder Vorstöße machten, die auf die Schaffung einer neuen Qualität der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik abzielten. Der im November 2002 unterbreitete deutsch-französische Vorschlag einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion wurde von Polen ebenso kritisch aufgenommen wie der sog. Brüsseler Pralinengipfel vom 29. April 2003, auf dem Frankreich, Deutschland, Belgien und Luxemburg die Schaffung einer verteidigungspolitischen Vorhut innerhalb der EU propagierten. Natürlich ging es in Polen vor allem um die Befürchtung, daß eine solche Avantgarde zu einer Aushöhlung der transatlantischen Beziehungen führen würde – eine Entwicklung, die man mit allen Mitteln verhindern wollte (und will). Polens Probleme mit der strukturierten Kooperation, konkret die Furcht vor einer dauerhaften sicherheitspolitischen Spaltung Europas in ein „europäisches“ und ein atlantisches Lager, resultierten denn auch größtenteils daraus, daß man in Warschau von den wirklichen Motiven, mit denen die intensiviertere Kooperation legitimiert wurde, „nicht gänzlich überzeugt“ war. „Im Unterschied zu dem, was die Autoren des Projekts deklarierten (Notwendigkeit, die Fähigkeiten zur Krisenreaktion weiterzuentwickeln), war die politische Dimension dieser Idee evident.“ (Miszczak 2005: 100) Dennoch sperrte sich Polen, das auch anderen Plänen und neuen Bestimmungen zur Dynamisierung der ESVP skeptisch gegenüberstand, letztendlich nicht gegen die strukturierte Kooperation. Dazu trug im besonderen Maße die britische Mitwirkung am im November 2003 erarbeiteten definitiven Kompromiß bei.

Verfassung oder Kern?

Zentrale Streitthemen in der polnischen Diskussion um den Verfassungsvertrag waren die Neuformulierung des Entscheidungssystems und die Einführung der „doppelten Mehrheit“. Die in der Parole „Nizza oder Tod!“ zur nationalen Existenzfrage hochstilisierte Problematik des Abstimmungssystems für Ratsentscheidungen führte auf dem EU-Gipfel vom 12. und 13. Dezember 2003 dazu, daß die polnische Regierung (zusammen mit Spanien) zunächst einen erfolgreichen Abschluß der Regierungskonferenz verhinderte. Während nach dem Scheitern des Gipfels Regierung und Opposition in seltener Einmütigkeit die unnachgiebige Haltung verteidigten, kamen aus Politik und Publizistik warnende Stimmen, denn abermals erschallte aus

der „alten EU“ der Ruf nach „Kerneuropa“. Das vom französischen Staatspräsidenten, dem deutschen Bundeskanzler und anderen Politikern geforderte „Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten“ könne sogar dazu führen, daß Polen aus dem europäischen Mainstream verdrängt werde. Folglich müsse man alles tun, um Bestandteil eines solchen Kerns zu werden (vgl. Oleksy 2003). Polens Präsident Kwasniewski lehnte die Spielerei mit Kerneuropa-Szenarien grundsätzlich ab, da sie nicht mit der Logik der europäischen Erweiterung vereinbar sei: „Integrieren durch Desintegrieren ist ohne Sinn. Die Verbindung Europas, die Erweiterung Europas mit dem Ziel, den Kontinent sofort zu teilen, ist schlicht sinnlos.“²

In der Folgezeit zeigte sich indes, daß in Polen äußerst unterschiedliche Einschätzungen über die tatsächlichen Folgen der Kerneuropa-Diskussion bestehen. In der politischen Diskussion dominierten die normativ-ablehnenden Appelle und pessimistischen Prognosen. Ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ sei nicht nur „politisch unannehmbar“ (PAP, 21.4.2004), es werde auch zur „Renationalisierung“ des Kontinents, zu einem „Europa der Partikularismen und der mißgünstigen Rivalität“ führen (vgl. Cimoszewicz 2004). Doch neben Alarmisten, die im Falle eines Fehlschlagens der Regierungskonferenz einen EU-Nukleus und die Relegation Polens in eine äußere Zone der Integration am Horizont sahen, meldeten sich auch Abwiegler zu Wort. Für diese verbarg sich hinter den Ankündigungen Chiracs und anderer wenig Substanz. Eine zunehmende Differenzierung der EU sei eine natürliche Folge der Erweiterung und werde keine unmittelbare „Bestrafung“ für unbotmäßiges Verhalten während der Verfassungsdebatte sein. Überdies seien kaum Bereiche intensiver Zusammenarbeit vorstellbar, aus denen Polen auf Dauer herausgehalten werden könne. So habe Chirac selbst festgestellt, daß Polen sogar im aus französischer Sicht politisch sensiblen Bereich der Sicherheit und Verteidigung an einer eventuellen Kerngruppe teilnehmen könnte (Gazeta Wyborcza, 15.12.2003).

War Polen infolge der Irak-Krise bzw. seiner pro-amerikanischen Haltung sowie aufgrund seines vorläufigen Neins zum Verfassungsvertrag im Dezember 2003 gewissermaßen mitursächlich für die Revitalisierung der Kerndiskussion, so stand Warschau bei der vorläufig letzten Welle der einschlägigen Debatten abseits – nämlich nach der Ablehnung des Vertragsdokuments durch die französischen und niederländischen Stimmbürger. Auch jetzt manifestierten sich wieder die altbekannten polnischen Kommentare, angereichert um die Warnung, der von manchen Mitgliedsländern avisierte „harte Kern“ könne in Anbetracht der wirtschaftlichen Schwierigkeiten vieler potentieller Teilnehmer leicht zu einem „leeren Kern“ werden.³

² Interview mit Präsident Aleksander Kwasniewski im TVP-3, 16.12.2003.

³ Alexander Kwasniewski laut Nachrichtenagentur PAP, 7.6.2005.

Ziele und Strategien

Polen sieht die Idee einer sich ausdifferenzierenden, auf die Bildung einer „neuen Mitte“ zusteuernenden Europäischen Union mit Skepsis und Beunruhigung. Doch wie reagiert Warschau Europapolitik, und welche Optionen werden erwogen? Bislang wurden zwei solche Varianten sichtbar, die mit den Formeln „Kein Kern!“ und „Nichts ohne uns!“ belegt werden können. Zwei weitere Möglichkeiten – „Euer Kern!“; „Unser Kern!“ – wurden bisher nicht oder nur am Rand diskutiert.

Kein Kern!

Dies ist die harte Haltung der „Nukleophoben“. Für sie sind die Kerndiskussionen der vergangenen Jahre Bestandteil einer langen Tradition „desintegrierender Initiativen“, die sich von Mitterands „*Confédération Européenne*“, über Delors' „konzentrische Kreise“ oder die Schäuble-Lamers-Ideen erstreckt. Fernziel dieser Vorstöße sei die Vertiefung innereuropäischer Spaltungen und die Trennung Europas in ein enges Machtzentrum und eine diesem unterstehende Peripherie. (Bobrowski 2004: 2) Die kerneuropäischen „Totalverweigerer“ gehen von der Annahme aus, daß sämtliche zur institutionellen und politischen Abstufung führenden Flexibilisierungsmodelle als Formen des EU-internen Separatismus im Gegensatz zur polnischen Staatsräson stehen. Konsequenz: „Polen sollte nicht danach streben, irgendeinem harten Kern beizutreten, sondern danach trachten, daß ein solcher gar nicht erst zustande kommt.“ (vgl. Majcherek 2005)

Kein Kern ohne uns!

Dies ist mehr oder minder die im polnischen Diskurs dominierende und von der offiziellen Warschauer Außenpolitik verfolgte Linie. Ihr zufolge ist die Herausbildung eines harten Kerns für Polen und die EU in ihrer Gesamtheit schädlich. Grundsätzlich steht man der Lancierung von Pionierprojekten daher zurückhaltend gegenüber. Doch wird konzidiert, daß aus Gründen der politischen Dynamik intensiviertere Kooperationsformen in Teilbereichen der Integration sinnvoll sein können. Sofern diese bestimmten Voraussetzungen wie Offenheit und Transparenz unterliegen und es Polens wirtschaftlicher, außen- und sicherheitspolitischer Interessenlage entspricht, solle Polen an diesen Vorhaben teilnehmen. Namentlich drei Faktoren sprechen aus polnischer Sicht für ein solch konstruktiv-aktives Herangehen:

- Erstens ist die Teilnahme an engeren Gruppen und möglicherweise an der Vorform eines umfassenderen Kerns besser als die Nichtteilnahme und das damit verbundene Risiko, in eine neue Umgegend mit niederem integrationspolitischen Status abzurutschen.

- Polens außen- und europapolitische Ambitionen als mitteleuropäische Regionalmacht lassen sich als Mitglied eines möglichen Kernbereichs besser realisieren.
- Die Partizipation an intensivierten Kooperationsvorhaben gibt Polen die Möglichkeit, Einfluß auf das jeweilige Politikfeld auszuüben. Eine gewisse Analogie zeigt sich hierbei zur polnischen Einstellung gegenüber der ESVP: Der Wunsch nach Mitgestaltung war eines der wichtigen Motive, die seit Ende der 1990er Jahre den Wandel von Ablehnung hin zu pragmatischer Einbindung bewirkt haben.

Euer Kern!

Weitgehend isoliert und offensichtlich mit euroskeptischen Überlegungen unterfüttert ist die Einschätzung, die Konzeption eines „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ sei insgesamt positiv für Polen; ermögliche sie doch den neuen Mitgliedsländern, aus dem Korsett einer einheitlichen Wirtschaftspolitik herauszukommen und insgesamt einer weniger regulierten und weniger vergemeinschafteten Sphäre der Integration anzugehören (vgl. Rajca 2004). Diese Argumentation zeigt Parallelen zu den Thesen, die immer wieder prononciert von Václav Klaus und Teilen der tschechischen Demokratischen Bürgerpartei ODS vorgetragen werden. Diese sehen in der eventuellen Entstehung eines Europas unterschiedlicher Geschwindigkeiten kein *Risiko*, sondern eine *Chance*: Dem wirtschaftlichen Organismus des Binnenmarkts als vollberechtigtes Mitglied anzugehören, jedoch sich dem Projekt einer „*ever closer Union*“ zu entziehen (vgl. Lang 2003).

Unser Kern!

Diese Variante hat sich bislang noch nicht konkretisiert. Sie bestünde im Versuch, eigene Kerne, im Extremfall sogar „Gegenkerne“ zu den Vorstößen etwa der Gründungsmitglieder zu bilden. Denkbar wären solche Initiativen etwa im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, wo sich Gruppenbildungen der „europäischen“ Länder abzeichneten, die im „Brief der Acht“ versammelten „Atlantiker“ hingegen ähnliche Schritte unterließen. Vorstellbar wären solche Schritte auch auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet, wo Polen mit marktorientierten Ländern (etwa ostmitteleuropäischen Staaten, Großbritannien) eine eigene „Vorhut“, gleichsam einen liberalen Pol, montieren könnte.⁴

⁴ Möglicherweise zielen Überlegungen, wie sie vom PiS-Abgeordneten im Europäischen Parlament, Marcin Libicki, geäußert wurden, in diese Richtung. Dieser tritt für eine „Union variabler Bündnisse“ und einen „selektiven Integrationsismus“ ein. Vgl. Libicki 2006.

Vorherrschend ist aber, wie erwähnt, die zweite Intention, die der Maxime folgt, einem harten Kern entgegenzuwirken und die Entstehung von Pioniergruppen einzudämmen – im Falle von deren Herausbildung aber dezidiert für den Eintritt in selbige plädiert! Warschau stehen selbstverständlich nur limitierte Möglichkeiten zur Verfügung, dieses Ziel umzusetzen. Bislang setzt man auf folgende Strategien.

Engagement

Polen will nicht aus Teilbereichen der europäischen Politik „ausgeklammert“ werden sondern möchte eine „integrale Mitgliedschaft“ (Saryusz-Wolski 2004: 4). Tatsächlich hat Polen bislang keine *opt-outs* gefordert, und zumeist signalisierte man auch bei Diskussionen um mögliche Projekte intensiver Kooperation Teilnahmewillen. Eine Ausnahme stellen hierbei sicherlich Intensivierungsbemühungen im Bereich Wirtschafts-, Sozial- oder Steuerpolitik dar – in die sich Polen zwecks Wahrung komparativer Vorteile nicht hineinzwängen lassen möchte. Uneinigkeit herrscht in Warschau auch im Hinblick auf die Währungsunion. Zumindest die in den Sejm-Wahlen vom Herbst 2005 siegreiche Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) läßt keine große Begeisterung für eine rasche Mitgliedschaft in der Euro-Zone erkennen. Die von der Partei gestellte Regierung ist saumselig bei der Vorlage des avisierten Beitrittsdatums, Politiker der PiS fordern die Abhaltung eines Referendums über die Einführung der Gemeinschaftswährung.

Eine weniger funktionale, sondern stärker staatspolitische Form von Polens kernpolitischem Engagement besteht im Versuch, sich an multilaterale Kooperations- und Konsultationsformen „anzudocken“ bzw. solche Strukturen aufzubauen, die das Potential von Gravitationszentren oder Kerngruppen besitzen. Prominentestes Beispiel ist sicherlich Polens jahrelanges (wenn auch vergebliches) Bemühen, das Weimarer Dreieck aufzuwerten und zu einem neuen Motor der europäischen Integration in der erweiterten EU zu machen (vgl. Lang 2004). Populär, wenn auch von der polnischen Außenpolitik nicht unmittelbar aufgenommen, sind Überlegungen, einen Viererverbund aus Frankreich, Deutschland, Großbritannien und Polen zu etablieren. Dies hätte für Polen den Reiz, daß in einem solchen Zusammenhang die atlantizistischen und „freimarktwirtschaftlich“ orientierten Briten präsent wären, Polen gleichzeitig aber in den Klub der drei europäischen Schwergewichte aufgenommen würde (Cichocki 2003: 20). In jüngster Zeit wiederum erfreut sich – zumindest unter Politikern der PiS – der von französischer Seite, konkret von Innenminister Sarkozy vorgeschlagene Ausbau der Gruppe der fünf großen Mitglieder, die bislang auf dem Gebiet von Justiz und Innenpolitik zusammenarbeiten (G 5), großer Beliebtheit. Eine solche zu einem neuen europäischen Schwungrad transformierte „G 6“ hätte aus Warschauer Sicht den Vorteil, daß sie in Konkurrenz zu der in

einigen Mitgliedsländern angedachten Idee einer politisierten Euro-Gruppe (der Polen noch einige Jahre nicht angehören wird) als neuem EU-Kern stehen würde.

Eindämmung deutsch-französischer Hegemonie

Oft schwingt bei den polnischen Kern-Befürchtungen auch das Argument mit, die Bildung eines inneren Integrationszirkels würde auf eine deutsch-französische Hegemonialposition hinauslaufen. Eine „Änderung der Machtverhältnisse und die Verhinderung des Szenarios eines französisch-deutschen Kerns“ wurde sogar als Fundamentalziel polnischer Europapolitik bezeichnet (Cichocki 2003: 20). Ein Gegenmittel gegen vermeintliche deutsch-französische Vormachtpläne bietet daher eine Strategie der Machtdenkonzentration, die neben einer starken (Veto-)Position im Entscheidungssystem offensichtlich durch eine neue „variable Geometrie von Zweckbündnissen“ abgesichert werden soll (vgl. Cimoszewicz 2004).

Eingebettete Kernstrukturen

In Polen sah man bereits in den Konventsvorschlägen zur „strukturierten Kooperation“ in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik den Versuch, Entscheidungskompetenzen aus dem Rahmen der EU herauszulösen und den Gruppenmitgliedern zu übertragen. Obwohl diese Vorstöße revidiert wurden, erblickte man hierin den Vorboten eines neuen Denkens in der EU, das darauf abziele, intensivierte Zusammenarbeitsformen „neben und außerhalb der Institutionen und des Entscheidungsmechanismus der jetzigen EU“ zu schaffen (vgl. Barcz 2005). Ebenso kritisch wird die Möglichkeit institutioneller Doppel- oder Spezialstrukturen für engere Gruppen betrachtet, da diese als „zweischichtiges“ Parallelarrangement den Grundsatz des „*single institutional framework*“ unterminierten. Polen drängt daher darauf, zusammen mit anderen „Kernskeptikern“ Überlegungen zur intensivierten Kooperation immer in den institutionellen Rahmen der EU zu integrieren (Saryusz-Wolski 2004: 4).

Polnische Inkonsistenzen

Polnischerseits handelt es sich hierbei nicht um ausgereifte Handlungskonzepte, sondern eher um generelle strategische Leitlinien. Diese sind nicht nur recht vage, sondern auch nicht unbedingt kohärent. Jedenfalls zeigt der polnische Umgang mit Kerneuropaideen eine Reihe von Inkonsistenzen. So will Polen zwar keine Kernbildung, eine übermäßige Opposition dagegen und das Eintreten für vertragliche Restriktivität unterstützen jedoch den Trend zur extrainstitutionellen Gruppenbildung – die aus polnischer Sicht noch problematischer

ist. Ebenso ist die polnische Präferenz für eine konsensorientierte Entscheidungsfindung (sprich Einstimmigkeit oder zumindest gewichtete Mehrheiten im Einklang mit Nizza) einer inneren Flexibilisierung zuträglich. Ganz zu schweigen davon, daß ein Scheitern des in Polen wenig geliebten Verfassungsvertrags den schon erwähnten Schub für neue Kerndiskussionen bringen würde. Unklar ist auch, wie sich Warschaws Befürwortung einer extensiven Erweiterungspolitik (Beitrittsperspektive für die Ukraine und andere osteuropäische Länder, türkische Mitgliedschaft) mit der polnischen Abneigung gegen Binnendifferenzierung verträglich – korrespondiert doch die Tendenz zu interner Abstufung mit einem Fortgang der Erweiterungsdynamik.

Deutschland und Polen in einer differenzierteren EU

Deutsches Kokettieren mit im weiteren Sinne verstandenen Kerneuropakzepten hat in Polen immer wieder Befürchtungen hervorgerufen. Hierbei hat man sich in Polen nicht bewußt gemacht, daß auch Polens Verhalten selbst, seine (gerechtfertigte oder nicht gerechtfertigte) Wahrnehmung als potentieller Störenfried in der EU solchen Gedankenspielen Auftrieb verliehen hat. Wie können beide Länder im bilateralen Dialog mit der Differenzierungsdiskussion umgehen, wie kann ihr eine konstruktive Komponente verliehen werden?

- Zunächst sollten sich beide Länder vergegenwärtigen, daß ein „echtes“ Kerneuropa, das heißt ein engerer Kreis besonders intensiver Kooperation im Rahmen einer autonomen institutionellen Architektur, um den herum sich eine Zone niederer Integrationsdichte gruppiert, eine „Union in der Union“ nur als *ultima ratio* denkbar und politisch äußerst unwahrscheinlich ist (vgl. Bachmann 2004).
- Von deutscher Seite müßte deutlich gemacht werden, daß Debatten um interne Differenzierung und Gravitationszentren keine Einschüchterungsmaßnahme gegenüber vermeintlich renitenten Mitgliedsländern sind, sondern eine Reaktion auf – nicht zuletzt erweiterungsbedingte – Diversität und ein Mittel zur Sicherung der Handlungsfähigkeit der Union.
- Das Leitbild einer sich ausdifferenzierenden Union wäre nicht das eines einzigen, in möglichst viele Bereiche hineinreichenden Gravitationszentrums, sondern wäre ein multiples Zentrum, gleichsam der Überlappungsbereich unterschiedlicher funktionaler Vertiefungsinitiativen. Deutschland und Polen müßten darauf hinarbeiten, daß beide Länder in einen solchen Schnittmengenbereich eingefügt werden.
- Beide Länder müssen daher auch ihre Haltung zur Kerneuropadiskussion insbesondere mit ihrem Verhältnis zur Erweiterungspolitik verknüpfen. Auf die diesbezüglichen polnischen Inkonsistenzen wurde bereits hingewiesen, ebenso bestehen aber deutsche Unklarheiten – etwa wenn an

die vom damaligen Außenminister Fischer vollzogene Distanzierung gegenüber seinem eigenen Gravitationsmodell bei gleichzeitiger Befürwortung des türkischen Beitritts gedacht wird.⁵

- Beide Länder sollten einen Basiskonsens bekräftigen, demzufolge eine vor allem funktionale Differenzierung notwendig sein kann, segregierende Effekte hierbei aber möglichst ausgeschlossen werden sollten. Deutschland sollte gegenüber Polen signalisieren, daß gerade dem Motor der Erweiterungspolitik, der den Beitritt Polens zur EU unterstützte, um sich mit seinem östlichen Nachbarn in einem homogenen wirtschaftlich-politischen Raum zu finden, aus wohlverstandener Eigeninteresse nicht an der Entstehung neuer interner Trennlinien in der Union gelegen ist.
- Beide Länder sollten vor diesem Hintergrund an der langfristigen Perspektive einer homogenen Integration festhalten: Alle Mitglieder sollten im optimalen Fall irgendwann an allen Projekten vertiefter Zusammenarbeit teilnehmen. Deutschland sollte ebenfalls bekunden, daß es daran interessiert ist, daß Polen langfristig an allen vertieften Kooperationsvorhaben teilnimmt, an denen Deutschland beteiligt ist.
- Dementsprechend könnten Deutschland und Polen eine Art gemeinsame „Differenzierungsphilosophie“ entwickeln. Diese würde ein Bekenntnis zu den (auch künftigen) Konstitutions- und Funktionsbedingungen von „intensivierten Gruppen“ beinhalten, zu Prinzipien wie Offenheit, Inklusivität und Transparenz.
- In diesem Zusammenhang würden beide Länder nicht nur prospektiv potentielle Bereiche verstärkter Kooperation ausloten, sondern auch frühzeitig über die Modalitäten, insbesondere die konkreten Beitritts- und Konvergenzkriterien sowie deren Evaluierung nachdenken.

Ein intensivierter deutsch-polnischer Austausch über Begriff, Inhalt und Perspektiven von Kerneuropa könnte nicht nur dazu verhelfen, negative Rückwirkungen der Flexibilisierungsdiskussion auf die bilateralen Beziehungen zu minimieren, er könnte sogar noch mehr leisten: Er könnte den deutsch-polnischen Beziehungen einen zentripetalen Zug verleihen.

Literaturverzeichnis

- Bachmann, Klaus (2004): Unia Europejska dwóch predkości jest niemożliwa, in: Raporty i Analizy Centrum Stosunków Międzynarodowych, 13/04.
- Barcz, Jan (2005): Aspekty prawne procedury wejścia w życie Traktatu konstytucyjnego i ewentualne konsekwencje prawno-polityczne jego odrzucenia, Instytut Spraw Publicznych, Publikacja we współpracy z Fundacją Konrada Adenauera.

⁵ Vgl. Interview mit (dem damaligen) Bundesaußenminister Fischer, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.3.2004.

- Bartoszewski, Władysław (2000): Vision and Potential for a new Direction in European Integration, Rede des polnischen Außenministers im Brüsseler Centre for European Policy Studies vom 25.7.
- Bartoszewski, Władysław (2001): Traktat z Nicei. Polski punkt widzenia. Przemówienie wygłoszone na konferencji zorganizowanej przez Uniwersytet Warszawski i Ministerstwo Spraw Zagranicznych, Warszawa, 22 lutego 2001 roku.
- Bobrowski, Ryszard (2004): Partnerska Polska w solidarnej Europie?, in: *Przegląd Środkowoeuropejski*, 37 (1): 2.
- Cichoński, Marek A. (1999): Interesy Polski w procesie rozszerzenia UE na Wschód, in: Cichoński, Marek A. et al. (Hrsg.): *Wspólnota sprzecznych interesów?* Warszawa, *Wież*: 71-81.
- Cichoński, Marek A. (2003): Stara czy nowa Europa? Szkic do filozofii polskiej polityki w Europie, in: *Raporty i Analizy Centrum Stosunków Międzynarodowych*, 6/03.
- Cimoszewicz, Włodzimierz (2004): Polska w zameczku świata, in: *Gazeta Wyborcza*, 12.-13.6.
- Kulakowski, Jan (2001): Federacja a poszerzona Unia. Próba odpowiedzi Joschce Fischerowi, Przemówienie wygłoszone na spotkaniu Europejskiej Ligi Współpracy Gospodarczej (ELEC), Berlin, 16.6.2000, in: *Wizimirska, Barbara (Hrsg.): Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2001*, Warszawa, Zarząd Obsługi Ministerstwo Spraw Zagranicznych: 54-61.
- Lang, Kai-Olaf (2003): Das Scheitern des Brüsseler Gipfels – Reaktionen aus den Beitrittsländern, Diskussionspapier.
- Lang, Kai-Olaf (2004): Das Weimarer Dreieck: Ein neuer „Motor“ für die größere EU? *Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie Nr. 21*, Berlin.
- Libicki, Marcin (2006): Unia zmiennych sojuszy, in: *Gazeta Wyborcza*, 3.2.
- Lukaszewski, Jerzy (1999): Rozwarstwienie Unii Europejskiej a Polska, in: *Polska w Europie*, Heft XXX, November: 5-40.
- Ministerstwo Spraw Zagranicznych (2001): Konferencja Miedzyrządowa 2000 – polski punkt widzenia (z wprowadzeniem Bronisława Geremka). Dokument przedstawiony na V posiedzeniu Konferencji Miedzyrządowej w sprawie akcesji RP do UE na szczepku ministrów spraw zagranicznych, Luksemburg, 13.-14.6.2000, in: *Wizimirska, Barbara (Hrsg.): Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2001*, Warszawa, Zarząd Obsługi Ministerstwo Spraw Zagranicznych: 39-53.
- Miszczak, Krzysztof (2005): Niemcy i Polska wobec europejskiej polityki bezpieczeństwa, in: *Sprawy Międzynarodowe*, LVIII (1), 79-109.
- Najbardziej zawiniła Francja, in: *Rzeczpospolita*, 15.12.2003.
- Normann, Christine (2005): Polens Rolle in der EU-Verfassungsdebatte, Münster, Lit.
- Oleksy, Józef (2003): Nasze trzy powinności, in: *Trybuna*, 15.12.
- PAP: Kwasniewski/Politycznie Europa dwóch predkości nie do przyjecia, am 21.4.2004.
- Porazka szczytu w Brukseli to nie tragedia, ale wrogowie Europy sie ciesza, in: *Gazeta Wyborcza*, 15.12.2003.
- Rajca, Konrad (2004): Tak dla „dwóch predkości” (jeszcze o szczycie w Brukseli), in: *Portal Stosunkil.pl*.
- Saryusz-Wolski, Jacek (2004): Pekniecie Unii Europejskiej, in: *Przegląd Środkowoeuropejski*, 37 (1): 2-4.
- Schneider, Heinrich (2004): Die Zukunft der differenzierten Integration in der Perspektive des Verfassungsvertrags und der Erweiterung, in: *Integration*, 27 (4): 259–273.